



Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 09.07.2015

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 15 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Etzinger
Herr Stadtrat Funk
Frau Stadträtin Goeth
Herr Stadtrat Hummler
Frau Stadträtin Jeggle
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Dr. Metzger
Herr Stadtrat Dr. Schmid
Herr Stadtrat Schmogro
Herr Stadtrat Späh
Herr Stadtrat Walter
Herr Stadtrat Dr. Wilhelm

Stellvertreter/in:

Herr Stadtrat Heinkele

entschuldigt:

Frau Stadträtin Etzinger

Gast:

Herr Stadtrat Heidenreich

Verwaltung:

Herr Achberger, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt	
Herr Buchmann, Kulturamt	ab TOP 3
Frau Eisele, Integrationskoordination	TOP 1
Frau Emmel, Liegenschaftsamt	ab TOP 3
Frau Länge, Ordnungsamt	TOP 1
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Frau Schneider, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	
Herr Erster Bürgermeister Wersch	

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bericht Integration Rückblick 2014 und Planung 2015	149/2015
2.	Änderung der Satzung über die Benutzung der städt. Kindertages- einrichtungen vom 09.12.2002	140/2015
3.1.	Verschiedenes - Neues Logo	
3.2.	Verschiedenes - Sana-Klinik	
3.3	Verschiedenes – Verkehrssicherheit Bergerhauser Straße	
3.4.	Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Hauptausschusssitzungen gefassten Beschlüssen	150/2015

Die Mitglieder wurden am 25.06.2015 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen.
Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBER-
ACH KOMMUNAL am 01.07.2015 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 149/2015 zur Information vor.

StR Schmogro führt aus, dass es sich bei Integration um eine Querschnittsaufgabe handele, die insbesondere vom Engagement der Bürger getragen sei. Biberach werde für seine Zusammenarbeit verschiedener Akteure von vielen beneidet. Zugleich weist er jedoch darauf hin, dass Doppelstrukturen vermieden werden müssen. Zudem seien mehr Sozialarbeiter für schwierige Fälle nötig. Dies sei insbesondere dann erforderlich, wenn psychische Erkrankung die Integration erschweren würden. Abschließend äußert er zwei Bitten: Erstens solle die Integrationsarbeit in Biberach konkrete Ziele haben; zweitens fehle dem interkulturellen Forum seiner Ansicht nach die Durchschlagskraft und der Zulauf. Hier würde etwas mehr Verbindlichkeit helfen, weshalb am interkulturellen Forum auch wichtige Vertreter der Stadt teilnehmen sollten. Abschließend hält er fest, dass auch von den Flüchtlingen und Migranten Engagement eingefordert werden solle. Inwiefern sich diese für das Gemeinwesen einsetzen, solle zum Prüfstein für eine gelungene Integration werden.

StR Dr. Metzger dankt für den Bericht und erkundigt sich nach dem Stand des interkulturellen Forums. Bezüglich des Förderunterrichts an Schulen würde ihn interessieren, wie es damit vorangehe und ob sich auch die vhs in diesem Bereich weiter engagieren könnte. In Bezug auf die Diskussion um muslimische Krankenseelsorger weist er darauf hin, dass die DITIB nicht für alle Muslime sprechen würde. Schließlich handele es sich bei dieser Organisation um eine türkische Einrichtung, diese habe jedoch mit Muslimen aus anderen Herkunftsländern nichts gemein. Abschließend wirft er die Frage auf, ob die Stellenkapazität der Integrationsbeauftragten ausreiche und ob man nicht über eine Ausweitung der Stelle nachdenken solle.

StRin Goeth findet es erfreulich, dass sich immer mehr Vereine und Einzelpersonen im Bereich der Integration engagieren. Dass der Prozess des Integrationsmonitorings schwierig werden würde, habe man von Anfang an erwartet, der erste Bericht des IMAP-Instituts sei jedoch wirklich schwach gewesen. Insgesamt sei Biberach in Sachen Integration auf dem richtigen Weg.

StR Dr. Wilhelm schließt sich seinen Vorrednern an und erkundigt sich ebenfalls danach, wie es mit dem interkulturellen Forum weitergehe. Auch er sei der Ansicht, dass man sich überlegen müsse, die Stelle der Integrationsbeauftragten aufzustocken. Zudem bemerkt er, dass diese Vorlage in den Gemeinderat hätte sollen. Angesichts der aktuellen Bedeutung des Themas wäre es angebracht gewesen, die Vorlage in größerem Rahmen zu behandeln.

StR Funk bezeichnet die Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wenn die Aufgaben der Stadt in diesem Bereich zunehmen, sollte man jedoch nicht nur über eine Personalaufstockung sprechen, sondern zunächst über eine Aufgabenumschichtung nachdenken und sich insofern mit den Zielen städtischer Integrationsarbeit intensiver beschäftigen.

Die Integrationsbeauftragte Eisele nimmt Bezug auf die aufgeworfenen Fragen und erläutert, dass sie durch die wachsenden Flüchtlingsströme nicht mehr Arbeit habe, da deren Unterbringung und Betreuung eigentlich Aufgaben des Landkreises seien. Als Ziel der städtischen Integrationspolitik stehe Bildung im Vordergrund. Bezüglich des interkulturellen Forums berichtet sie, dass

dieses weitermachen werde. Die Rückmeldung aus dem Gremium sei positiv. Nach fünf Jahren solle es hierzu dann einen Bericht geben. Zur Anregung, dass wichtige städtische Vertreter im interkulturellen Forum vertreten sein sollten, erinnert sie daran, dass OB Fettback damals beim interkulturellen Forum dabei gewesen sei, jedoch habe auch damals das Gefühl gefehlt, dass das Forum über wirkliche Durchschlagskraft und Relevanz verfüge. Zur Deutschförderung an den Schulen berichtet sie von Treffen mit der Leiterin des Amtes für Bildung, Betreuung und Sport, Frau Schneider. Dabei wurde vereinbart, dass genau geschaut werde, wo noch Bedarf besteht und was gemacht werden könne. Hinsichtlich der Krankenhausseelsorge stimmt sie zu, dass es sich um eine schwierige Situation gehandelt habe. Im September soll es zu diesem Thema ein Pressegespräch geben. Zur Präsentation des Berichtes im Gemeinderat äußert sie sich dahingehend, dass sie nichts gegen eine Vorstellung im Gemeinderat hätte.

StR Schmogro meint, dass man aufpassen müsse, nicht zuviel reine Integrationsarbeit zu machen. Hierbei handele es sich um eine Querschnittsaufgabe und der Trend gehe mehr in Richtung Quartiersmanagement und die Entwicklung in einzelnen Stadtteilen. Dies beinhalte Senioren, Jugendliche, das Thema Inklusion und vieles weitere mehr.

OB Zeidler wirft bezüglich einer Ausweitung der Stelle der Integrationsbeauftragten ein, dass deren Aufgaben natürlich prinzipiell nach oben offen seien und man immer mehr machen könne. Desweiteren finde er es gut, dass Frau Eisele die Aufgaben im Rahmen ihres Deputats selbst gewichtet. Bezüglich einer Ausweitung der Stelle halte er sich an die Beschlüsse des Gemeinderates gebunden, allerdings können jederzeit Vorschläge eingebracht werden.

Damit hat der Hauptausschuss Kenntnis genommen.

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 140/2015 zur Vorberatung vor.

StR Walter bekundet die Zustimmung der CDU-Fraktion und bringt seine Freude darüber zum Ausdruck, dass Biberach weiterhin 10 Prozent unter den Landesrichtsätzen bleibe. Desweiteren weist er darauf hin, dass der Trend eindeutig zu Ganztagesplätzen gehe. Dieses Thema solle ernst genommen und berücksichtigt werden.

Auch StRin Kübler macht darauf aufmerksam, dass die Stadt Biberach weiterhin 10 Prozent unter dem Landesrichtsatz bleibe. An der Härtefallregelung wolle die SPD eigentlich nichts ändern, hier würden sie große Hoffnungen in den Stadtpass setzen. Abschließend erwähnt sie, dass es toll sei, dass die Kleingruppe in Stafflangen wieder offen sei. Sie erkundigt sich, wo diese derzeit untergebracht sei.

StR Hummler stimmt seiner Vorrednerin zu, dass die Stadt Biberach insgesamt eine großzügige Gebührenordnung habe. Der Nachzug und damit die Anpassung der Gebührensatzung und damit auch die Erhöhung der Sätze halte er für selbstverständlich.

StR Späh hebt lobend hervor, dass die Gebühren in Biberach transparent dargestellt seien. Insgesamt seien nur 10 Härtefälle gemeldet worden. Dies seien sehr wenige. Er erkundigt sich, ob dies an der Scheu der Eltern oder eventuell an einer schlechten Informationspolitik liegen könnte. Auch er hoffe, dass sich die Situation durch den Stadtpass etwas ändert. Erstaunlich finde er die sehr starke Zunahme des Anteils von Kindern im Alter bis drei Jahren. Zur Anlage 3 der Vorlage erkundigt er sich, ob die Landeszuschüsse hierbei berücksichtigt worden seien und abschließend möchte er gerne wissen, was die Formulierung „Ersatz für ein Beschäftigungsverbot“ zu bedeuten habe.

Die Leiterin des Amtes für Bildung, Betreuung und Sport, Frau Schneider, nimmt Bezug auf die Kleingruppe in Stafflangen und berichtet, dass diese in einem normalen Gruppenraum untergebracht sei. Am kommenden Montag werde es Gespräche mit dem Hochbauamt geben, hierbei sollen sich zwei Vorschläge herauskristallisieren. Hinsichtlich der Landeszuschüsse erklärt sie, dass diese bei Anlage 3 fehlen würden aber bei Anlage 4 aufgeführt seien. Dies sei darauf zurückzuführen, dass es sich hierbei um eine andere Haushaltsstelle handele. Die Landeszuschüsse würden rund 664 000 Euro betragen. Zu der Formulierung „Ersatz für Beschäftigungsverbote“ erklärt sie, dass hierunter die Kosten für Schwangerschaften bei Erzieherinnen fallen würden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß dem Beschlussantrag der Verwaltung zu beschließen.

TOP 3.1 Verschiedenes - Neues Logo

OB Zeidler nimmt Bezug auf die öffentliche Diskussion über das neue städtische Logo. Er führt aus, dass er hierzu einiges richtig stellen möchte und verliest eine Erklärung, die in den nächsten Tagen auch in der Presse erscheinen werde. Diese Erklärung ist diesem Protokoll als **Anlage** beige-fügt.

TOP 3.2 Verschiedenes - Sana-Klinik

StR Abele berichtet, dass die Sana-Klinik beabsichtige, die geriatrische Abteilung von Biberach nach Laupheim zu verlegen. Hierdurch werde Biberach geschwächt. Er stellt klar, dass ein solcher Umzug schlecht für Biberach sei und erkundigt sich, welche Motive der Kreis hierfür haben könnte. Er fordert die Verwaltung und die Kreisräte auf, sich für Biberach einzusetzen.

OB Zeidler berichtet, von dieser Entwicklung auch überrascht zu sein. Er habe diese Dinge auch aus der Zeitung erfahren müssen. Aus Biberacher Sicht stelle sich vor allem auch die Frage, was mit den Klinik-Einrichtungen werde. Bezüglich des Umzugs der geriatrischen Abteilung mahnt er an, sich zunächst ein Gesamtkonzept zu überlegen und dann zu handeln. Es sei schlecht, zunächst die Beschlüsse zu fassen ohne ein solches Konzept zu haben. Die Verwaltung werde versuchen, gegenüber dem Landkreis und der Sana-Klinik die Position Biberachs klar zu machen. An die Kreisräte äußert er die Bitte, zunächst ein Konzept anzufordern.

StR Lemli erläutert, dass es im Kreisrat verschiedenste Interessen gebe und die Situation dort nicht mit dem Gemeinderat vergleichbar sei. Auch er erwarte mehr Signale von der Sana-Klinik und bringe seine Enttäuschung über das Verhalten anderer Kreistagsfraktionen im Finanzausschuss zum Ausdruck. Diese hätten dort nicht kritisch nachgefragt.

StR Späh wirft ein, dass hierfür nicht der Finanz- und Verwaltungsausschuss entscheidend gewesen sei, sondern der Sozialausschuss. Auch ihm würden noch klare Aussagen von Sana zu den umliegenden Standorten Riedlingen und Laupheim fehlen. Bei der nächsten Sitzung des Kreistags müsse klar für einen starken Standort Biberach geworben werden.

StR Heinkele führt aus, dass auch ihm ein Gesamtkonzept fehle und StRin Jeggle gibt an, ebenfalls erstaunt gewesen zu sein über die Presseberichte der letzten Tage.

EBM Wersch führt aus, dass es sich bei diesem Thema um einen schwierigen Vorgang handele. Im Jahr 2012 habe sich der Kreistag für die Fremdvergabe an die Sana-Klinik entschieden. Dabei sei klar gesagt worden, dass eine klinische Struktur in Riedlingen und Laupheim erhalten werden solle. Man könne daher nicht sagen, dass damals ein Zentralkrankenhaus beschlossen worden sei. Abschließend stellt er klar, dass es in Biberach weiterhin 370 Betten geben solle. Es sei damit immer noch ein großes Krankenhaus.

StR Abele nennt das Verfahren insgesamt sehr intransparent und erkundigt sich, warum zwei kleine Einheiten über verschiedene Standorte verteilt besser sein sollten als eine große. Schließlich gebe es dann auch höhere Kosten durch die doppelte Anschaffung von Geräten und ähnlichem Inventar. Er würde gerne wissen, wer dies entschieden habe.

OB Zeidler stimmt StR Abele zu und verweist darauf, dass hier eindeutig Politik gemacht werde. Ohne die großen Linien zu wissen und ein Gesamtkonzept zu haben, sollte seiner Ansicht nach nicht so schnell gehandelt werden.

TOP 3.3 Verschiedenes – Verkehrssicherheit Bergerhauser Straße

StR Walter bringt seine Verärgerung darüber zum Ausdruck, dass der Bauausschuss zum Thema Verkehrssicherheit zwar zwei neue Bereiche festgelegt hat, die künftig kontrolliert werden sollen, die Bergerhauser Straße aber erneut fehle. Und dies obwohl hier in den letzten vier Wochen wieder zwei Unfälle stattgefunden haben. Er habe sich in der Vergangenheit wiederholt dafür eingesetzt, dass hier kontrolliert werde und das Ordnungsamt habe auch zweimal Kontrollen durchgeführt. Er habe dann die Mitarbeiter gebeten, die Infos weiterzugeben. Er hoffe, dass da nun relativ schnell nachgebessert werde.

OB Zeidler verspricht, die Anregung aufzunehmen und an das Ordnungsamt weiterzugeben.

TOP 3.4 Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Hauptausschusssitzungen gefassten Beschlüssen

150/2015

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 150/2015 zur Kenntnisnahme vor.

Es findet keine Diskussion statt.

Damit hat der Hauptausschuss Kenntnis genommen.

Hauptausschuss, 09.07.2015, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Zeidler
Stadträtin:	Goeth
Stadtrat:	Abele
Schriftführer:	Achberger
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann